

Von der ausserordentlichen Mitgliederversammlung der Schweiz. Zentralstelle für Friedensarbeit (vom 25. Juni 1966)

Autor(en): **C.B.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **60 (1966)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141152>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

praktisch auf einem ganz andern Boden steht als die Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz.

Wir ersuchen Sie daher, unsere Austrittserklärung zur Kenntnis zu nehmen und ihre Begründung den Mitgliedern des IBRS zugänglich zu machen. Zugleich bitten wir Sie, uns die Adressen der Bundesmitglieder beziehungsweise ihrer Vorsitzenden raschestens mitzuteilen.

Hochachtungsvoll
im Namen der Religiös-sozialen Vereinigung
der Schweiz:

Der Präsident: *Dr. Hugo Kramer*
Die Sekretärin: *Magdalena Meier-Kläsi*

Von der außerordentlichen Mitgliederversammlung der Schweiz. Zentralstelle für Friedensarbeit

(vom 25. Juni 1966)

Nur 21 Mitglieder, das heißt etwa 7 Prozent der Mitgliedschaft, bekundeten ihr Interesse durch ihre Anwesenheit, was in keinem Verhältnis stand zu der Wichtigkeit der Traktanden.

Die Verhandlungen leitete als Tagespräsident Dr. Hj. Braunschweig. Er berichtete über die seit der Jahresversammlung im Februar gepflogenen Verhandlungen und Arbeiten des Arbeitsausschusses. Dieser sieht seine Hauptaufgabe im Ausbau und Betrieb der Buchhandlung. Leider war es nicht möglich, für diese ein zentral gelegenes Lokal zu finden. Der die Buchhandlung vor allem als Versandbuchhandlung betreibende buchhändlerisch geschulte Herr Hans Steiger kann an seinem Wohnort in Wollishofen die nötigen Lokalitäten zu günstigen Bedingungen bereitstellen. Eventuell wird später eine Führung der Buchhandlung als Genossenschaft in Aussicht genommen. Um alle Interessenten noch besser zu informieren, wird ab September 1966 allmonatlich ein Informations- und Mitteilungsblatt über Neuerscheinungen und aktuelle Schriften herausgegeben, das gleichzeitig orientiert über die laufenden Anlässe und Vorträge der verschiedenen Friedensorganisationen. Diese werden ersucht, ihr Adressenmaterial zum Ausbau der Kundenkartei zur Verfügung zu stellen. Ein weiteres Problem der Reorganisation der Buchhandlung bildet deren Finanzierung, da die mitgeteilten hohen Zahlen für Anschaffungen und Drucksachen allgemein Aufsehen erregten. Ein Mitglied sah sich daher genötigt, anhand dieser Zahlen an einer Wandtafel schwarz auf weiß ein Gesamtbudget aufzustellen, welches ergab, daß die vorhandenen Mittel weit überschritten wurden. Ein Rückweisungsantrag an den Vorstand wurde abgelehnt und dahingehend abgeändert, daß der Ausschuß sein Budget so zu bemessen habe, daß bis Februar 1967 mindestens 2000 Franken der vorhandenen Gelder unangetastet zu bleiben haben und daß dann an der

Jahresversammlung im Februar 1967 ein neuer Beschluß über die Weiterführung zu fassen sei.

Der vom Ausschuß vorgeschlagene neue Name für die Buchhandlung: «Buch 2000, Information für morgen» wurde ohne Diskussion gutgeheißen. Mehr Diskussion rief der neue Name für die Zentralstelle für Friedensarbeit hervor, weil neben dem Mehrheitsantrag noch zwei Minderheitsanträge vorlagen, die jedoch beide abgelehnt wurden, worauf mit 60 Prozent Mehrheit dem Mehrheitsantrag des Ausschusses, lautend auf «Informationszentrum für Abrüstung und internationale Zusammenarbeit (IZAIZ), zugestimmt wurde.

In aller Kürze folgte hierauf ein Referat von Dr. Wildbolz über den Vorschlag Pfarrer Bieler über die Verwendung von 3 Prozent des Staatseinkommens für die Entwicklungshilfe. C. B.

Karl Jaspers zur Notstandsgesetzgebung*

Der Plan der Notstandsgesetzgebung ist innenpolitisch die bei weitem wichtigste Sache der nächsten Jahre. Durch sie kann das Instrument geschaffen werden, mit dem in einem verhängnisvollen Augenblick durch einen einzigen Akt die Diktatur errichtet, das Grundgesetz abgeschafft, ein nicht reversibler Zustand der politischen Unfreiheit herbeigeführt werden kann. Mehr noch: es kann die größte Gefahr für den Frieden entstehen und das neue und endgültige Unheil über Deutschland, nunmehr vernichtend, heraufbeschworen werden. (S. 157)

Die Notstandsgesetzgebung kann nicht als Ergänzung des Grundgesetzes bezeichnet werden. Sie bedeutet vielmehr die Legalisierung der Aufhebung der im Grundgesetz fixierten Grundrechte. (S. 170)

Die anderen aber meinen, durch Notstandsgesetze würde mit dem Staat ihre Freiheit gesichert, die Ahnungslosen! Es ist eine für unser politisches Dasein gefährliche Dialektik, die aus der Sicherung der Freiheit zur Aufhebung der Freiheit führt. Die Bevölkerung merkt es zunächst nicht. Es geht ja alles «legal» zu, wie 1933. Es wird beschlossen durch die demokratische Institution. (S. 173)

Es ist fast unbegreiflich, daß die Mehrzahl der Politiker und die Bevölkerung nicht merken, was das geschieht, und nicht einmal die meisten derjenigen, die selber daran mitwirken (wie vor 1933). (S. 174)

Wenn die geplanten Notstandsgesetze im Kriegsfall verwirklicht werden, so verwandeln sie das Volk in eine zur Schlachtbank getriebene Schafherde, geführt von den letzten Politikern der nationalen, absolutistischen Denkungsart, ebenso machtwillig wie dumm. (S. 162)

Wenn das Volk nicht Krieg führen will – in dieser Situation unserer

* Zitate aus dem neuen Buch von Karl Jaspers: «Wohin treibt die Bundesrepublik?» R. Piper & Co. Verlag, München, 288 Seiten, broschiert DM 9.80.